

## Comeback der kritischen Masse



Auf dem Abschlussplenum: Protest-Konferenz des Bündnisses „Lernfabriken...meutern!“ in Essen. (Foto: mac)

**In einer sonst leergefegten Uni trafen sich am vergangenen Wochenende etwa 200 Studierende aus ganz Deutschland auf dem Campus Essen zur Bildungsprotestkonferenz. Unter dem Motto „Lernfabriken meutern“ wurde das gesamte Bildungssystem kritisch unter die Lupe genommen. Das erklärte Ziel: Debatten anstoßen, Bündnispartner\*innen finden, Proteste organisieren.**

Zuletzt waren im Jahr 2009 im Rahmen des „Bildungssteiks“ etwa 250.000 Studierende und Schüler\*innen bundesweit gegen die Studiengebühren auf die Straße gegangen. Danach: sechs Jahre Stille. Mittlerweile ist eine ganze Generation Studierende durch die Universitäten geschleust worden, ohne dass es kritischen, bundesweiten Protest gegeben hätte. Jetzt schon – die Fabriken der Bildung sollen gemeutert, also von ihren Angehörigen übernommen werden. Denn „die Bedingungen, unter denen Bildung stattfindet, sind katastrophal“, heißt es in einem vorläufigen Aufruf des zukünftigen Protestbündnisses. Daher sei es auch allgemein ersichtlich, dass das derzeitige Bildungs- und Wissenschaftssystem gescheitert sei.

### Eltern neben Schüler\*innen neben Studierenden

Die Probleme sind laut den Konferenzteilnehmer\*innen vielfältig: „Die Bologna-Reform, Regelstudienzeit, prekäre Beschäftigung im gesamten Bildungswesen, das Verteilen von Noten und Credit-Points und der zunehmende Einfluss der Wirtschaft auf Schulen und Unis. Und das ist nur ein kleiner Teil“,

erklärt mir Laura während sie ihre Worte an den Fingern abzählt. Viele Themen, viele Kämpfe. Die Teilnehmenden haben sich einiges vorgenommen: Entschleunigung des Bildungswegs, Selbstbestimmung, Veränderung der Lernmotivationen. Tatsächlich will man aber offen bleiben für alle – angesprochen werden sollen sowohl Eltern, deren Kinder am Ende der Grundschule selektiert werden, Schüler\*innen selbst, Auszubildende, prekär beschäftigte Lehrer\*innen und Dozierende als auch Studierende. Auf der ersten Konferenz waren laut kritischen Teilnehmenden erstmal vor allem aber Studierende anwesend.

### Von unten nach oben statt umgekehrt

Langfristiges Ziel der Bewegung – laut vorläufigem Aufruf – sei es jedoch, die gesellschaftliche Debatte um Bildung zu verschieben, konkrete Verbesserungen zu erkämpfen und eine solidarische Perspektive jenseits des herrschenden Bildungssystems aufzuwerfen. Ein Satz, unter dem man sich zunächst alles und nichts vorstellen könnte. Konkrete Ideen der Konferenz waren aber: Ein elternunabhängiges BAföG, das nicht zurückgezahlt werden muss, den Master als Regelabschluss, keine Studiengebühren, unbefristete Arbeitsverträge für Lehrende, bessere Betreuungsverhältnisse und demokratische Bestimmung von Kindergarten, Schule und Universität.

Fragt sich, wie das ganze erreicht werden soll. Die Lösung, ähnlich dem vergangenen Bildungsstreik, sind dezentrale Proteste und Aktionen. Angereist sind die Konferenzteilnehmer\*innen etwa aus Lüneburg, Berlin, Mainz oder Frankfurt. Sie kehren in ihre

### Geistlicher Gastdozent



Die Entscheidung ist gefallen: Karl Kardinal Lehmann ist der neue Mercator-Professor. Ob das eine gute Wahl ist, lest ihr auf **Seite 3**.

### Afghanischer Aufschrei



Die Bundesregierung will ein Rücknahmeabkommen mit Afghanistan schließen. Warum sie die Sicherheitslage in dem Land gänzlich falsch einschätzt, lest ihr auf den **Seiten 4 und 5**.

### akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und mehr gibt es unter: [www.akduell.de](http://www.akduell.de). Auf Facebook findet ihr uns unter [www.facebook.com/akduell/](https://www.facebook.com/akduell/) und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

Städte zurück, um auch dort und anderswo Basisgruppen mit Bündnispartner\*innen aufzubauen. Sie wollen den Protest auf breiter Unterstützung aufbauen.

### Der Erfolg von Bildungsprotesten

Dass Bildungsproteste Veränderung bewirken können, hat unter anderem auch die Abschaffung der Studiengebühren durch die vergangenen bundesweiten Proteste gezeigt. Das heutige Bündnis verkündet schon mal auf der Webseite: „Nichts bleibt, wie es ist.“ Man darf also gespannt sein, was diese Bewegung im kommenden Jahr noch erstreiten kann und wird. [mac]

### Kontakt

Ihr wollt mit protestieren und planen? Unter [www.lernfabriken-meutern.de](http://www.lernfabriken-meutern.de) findet ihr bisherige Gruppen und die Kontaktadresse des Bündnisses.

# Rassistischer Normalzustand

## Kommentar

### Dieser Weg wird ein rechter sein

von Philipp Frohn

Vergangenen Donnerstag lockte Xavier Naidoo tausende Besucher\*innen in die König-Pilsner-Arena. Es ist nicht nur unverständlich, weshalb man sich dieses stundenlange Jammerkonzert freiwillig antut. Anscheinend hat man sich auch noch nicht mit den Ansichten des Mannheimer Sängers auseinandergesetzt – oder stimmt ihnen gleich zu und befindet sich auf der Schwelle zu den Reichsbürger\*innen.

Es bedarf keiner fünf Minuten, um die politischen Anschauungen Naidoos zu ergoogeln. Deutschland sei noch immer ein von den Vereinigten Staaten von Amerika besetztes Land, da es keinen Friedensvertrag gebe. Die Gültigkeit des Zwei-Plus-Vier-Vertrages wird gekonnt negiert. Das passt ja nicht ins verschwörungsideologische Bild, dass Deutschland in Wirklichkeit eine GmbH sei und dass das Deutsche Reich noch immer bestehe. Am Tag der Deutschen Einheit 2014 gesellte er sich zu einer Demo von Reichsbürger\*innen und anderen Anhänger\*innen des rechten Spektrums vor das Bundeskanzler\*innenamt. Ihm sei egal, wer dort vor Ort ist. Schließlich „geht’s um die Liebe.“ Na dann kann man ja im Anschluss auch noch ein Pläuschchen mit Jürgen Elsässer, Chefredakteur des rechten Querfront-Magazins *Compact*, halten. Zwei Monate später durfte sich das Magazin über ein Interview mit dem Sänger zum Thema „Pressehetze“ freuen.

Auch wenn sich Naidoo – nach öffentlichem Druck der bösen Systempresse anlässlich seiner Nominierung zum Eurovision Song Contest 2015 – von den Reichsbürger\*innen distanziert hat, teilt er mit ihnen das ideologische Konzept. Naidoo biedert sich Rechten an, die man nicht bloß als verwirrte Staatengründer\*innen abstempeln kann. Welch Relevanz diese Bewegung hat, verdeutlichten jüngst die Attacken von Reichsbürger\*innen auf Polizeibeamt\*innen. Ihm bloße Unwissenheit zu unterstellen, trafe nicht den Kern.

In Anbetracht seiner rechtsoffenen Weltanschauung und teilweise antisemitisch untermauerter Liedtexte stellt sich die Frage: Muss man solch einem Verschwörungstheoretiker eine Bühne bieten? In der König-Pilsner-Arena hat man mit solcherlei Positionen aber kein Problem. Schon mehrmals trafen dort auch die ultranationalistischen Grauen Wölfe zusammen. Das Streben nach Profit scheint den Veranstaltenden leider wichtiger zu sein als eine kritische Auseinandersetzung mit kontroversen Personen.

**Auch wenn die Teilnehmer\*innenzahlen der Pegida-Demonstrationen noch immer rückläufig sind, lauschen Tausende den Worten rechter Redner\*innen. Doch nicht nur auf den einschlägig als fremdenfeindlich bekannten Artikulationsplattformen werden die Reden mit rassistischen Äußerungen unterlegt.**

Mit ihrem neuen Grundsatzprogramm brüstet sich die CSU damit, für die Belange der bürgerlichen Mitte einzutreten. Die Selbsteinordnung in die bürgerliche Mitte bedeutet aber nicht, dass es dort keine rassistischen Vorfälle gibt. Jüngste Beispiele finden sich auch in den Reihen der Christsozialen, die mit Forderungen zur Einführung einer Obergrenze für Geflüchtete sowie einer Leitkultur versuchen, die AfD von rechts einzuholen.

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) ließ die Zuhörer\*innenschaft des Deutschlandtages der Unionspartei am 2. November beispielsweise wissen, wofür afrikanische Männer seiner Ansicht nach Geld ausgaben. „Nämlich [für] Alkohol, Suff, Drogen, Frauen natürlich“, ließ er dem Publikum lachend verlauten. Nach der Veröffentlichung des Videos im Internet entschuldigte sich der Minister für seine Äußerung natürlich.

In der Schwesternpartei sorgte ebenfalls eine rassistische Bemerkung eines Repräsentanten für bundesweite Aufregung. Auf einer Veranstaltung des Hamburger Unternehmer\*innenverbands am 26. Oktober hielt Günther Oettinger (CDU), EU-Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft, eine Rede. Unter anderem thematisierte er, dass Chines\*innen derzeit viele europäische Unternehmen kaufen. Neben seiner homophoben Furcht vor der „Pflicht-Homoehe“ bezeichnete er Chines\*innen als „Schlitzohren und Schlitzaugen“. Schon im 19. Jahrhundert wurde der Begriff von europäischen Kolonialherren verwendet, um asiatische Menschen abzuwerten. Nachdem auch dieses Video den Weg ins Netz fand, entschuldigte sich Oettinger für die rassistischen Äußerungen. Scheinbar passiert so etwas, wenn man „frei von der Leber“ spricht. Auch Joachim Hermann (CSU), Innenminister Bayerns, griff im Sommer 2015 beherzt ins rassistische Wörterbuch und bezeichnete Roberto Blanco als „wunderbaren N\*\*\*\*“.

Auch der Wahlkampf um das US-amerikanische Präsident\*innenamt war von rassistischen Äußerungen geprägt. Der designierte US-Präsident Donald Trump konzentrierte sich neben sexistischer Verbalausfälle vor allem auf Rassismus gegen Einwanderer\*innen aus Mexiko. „Sie bringen Drogen, sie bringen Kriminalität, sie sind Vergewaltiger, und einige, nehme ich an, sind auch nette Leute“, sagte er auf seiner Antrittsrede. Daher möchte er an die Grenze zu Mexiko eine Mauer errichten – und erhält ironischerweise gerade von denjenigen



Gerd Müller beim International Economic Forum of Africa 2015. (Foto: OECD Development Centre/flickr.com/CC BY-NC-ND 2.)

Kritik, die ihre Außengrenzen selbst zur Senkung der Geflüchtetenzenzahlen stärker schützen wollen. Der Wahlsieg Trumps hat vor allem gezeigt: Rassistischer Populismus wird toleriert, akzeptiert und von breiten Teilen der Wähler\*innenschaft geteilt. Zumindest von seiner islamfeindlichen Position, ein Einreiseverbot für Muslim\*as einzuführen, scheint er abgekommen zu sein. Diese Forderung findet sich nicht mehr auf seiner Internetseite.

Trump baute seinen Wahlkampf nicht nur auf Rassismen, sondern auch auf falschen Behauptungen auf. Beispielsweise meint er, „180 000 polizeikannte Einwanderer, für die ein Abschiebungsbefehl vorliegt, streuen an diesem Abend herum, um friedliche Bürger zu bedrohen.“ Wie die *Süddeutsche* unter Rückgriff auf eine Statistik der Polizei- und Zollbehörde des US-Innenministeriums herausstellte, sei die Zahl an sich zwar korrekt, doch habe Trump die Daten aus dem Kontext gerissen. Die meisten von ihnen haben niemals Gewalttaten begangen. Die „Verbrechen“ liegt darin, keine gültigen Papiere zu besitzen. Auch hierzulande arbeiten hochrangige Politiker\*innen mit falschen Zahlen, um Bedrohungsszenarien zu erschaffen. So bezifferte Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) beispielsweise die Zahl nach Deutschland gekommener Geflüchtete mit 1,1 Millionen statt mit 890.000 und behauptete, 70 Prozent der Geflüchteten fälschten syrische Pässe, um eine bessere Bleibeperspektive zu haben. Das BAMF gibt jedoch an, dass dies nur bei 412 von 100.000 Fällen vorkomme. Aber auch der Bundesinnenminister besitzt die Kompetenz, nach öffentlichem Druck von seiner Aussage zurückzurufen.

Es braucht keinen Donald Trump oder AfD-Hardliner wie Björn Höcke, damit Gesagtes kritisiert werden muss. Rassismus muss benannt werden als das was es ist – unabhängig vom Parteibuch. In Deutschland erleben wir zumindest, dass Interventionen ins Sagbarkeitsfeld Entschuldigungen nach sich ziehen. Das scheint sich in der US-amerikanischen Debattenkultur mit Trump erledigt zu haben. [fro]

# Ein Kardinal für die UDE

**Die Wahl ist gefallen: Karl Kardinal Lehmann ist in diesem Jahr Inhaber der Mercator-Professur. Die Universität Duisburg-Essen begründete ihre Auswahl, dass sich mit ihm „als Brückenbauer und Reformere erneut die Grundidee der Mercator-Professur: Weltoffenheit und debattenanregende Beiträge zu wichtigen Zeitfragen“ erfülle. In der Vergangenheit war die Kandidat\*innenwahl durchaus umstritten. Und dieses mal?**

Seit 1997 vergibt die UDE jährlich die Mercator-Professur und gedenkt damit dem Duisburger Kartographen Gerhard Mercator. Sein „wissenschaftliches Vermächtnis“ solle „wach gehalten werden“, heißt es auf der Homepage der Universität. Preisträger\*innen halten an den Campi in Essen und Duisburg je einen Vortrag. Mercator wurde berühmt für seine Karten und Globen, war aber auch Kosmograph, Theologe und Philosoph. Mit seiner Mercator-Projektion gelang ihm, die Form der Erde möglichst genau auf einer Karte darzustellen und lieferte damit der See- und Luftfahrt eine Methode zur Navigation.

## Für ein Miteinander

Mit Lehmann kommt ein Vertreter der katholischen Kirche an die UDE und jemand, der sich seit Jahren für die Ökumene (Dialog zwischen evangelischer und katholischer Kirche) stark macht. 2001 ernannte ihn Papst Johannes Paul II zum Kardinal, woraufhin Lehmann sowohl am Konklave 2005 als auch 2013 teilnehmen durfte. Bis 2008 war er für 21 Jahre Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Die Leiterin des Ressorts Presse an der UDE, Beate Kostka, betont: „Wie kein anderer setzt sich Kardinal Lehmann für die Ökumene in Deutschland ein und beweist starkes Engagement in der Wertedebatte. Stets geht es ihm darum, Gegensätze zu überbrücken und Gemeinschaft aufzubauen.“

In der Vergangenheit sprach sich Lehmann in verschiedenen Aspekten für eine moderne Gesellschaft aus. So zeigte er sich mit Kollegen in ihrer gemeinsamen Schrift *Zur seelsorglichen Begleitung von Menschen aus zerbrochenen Eben, Geschiedenen und Wiederverheirateten Geschiedenen* engagiert und fordert mehr Verständnis. Darüber hinaus könne er sich vorstellen, dass in Zukunft auch verheiratete Männer zur Priesterweihe zugelassen würden. Weniger aufgeschlossen zeigt er sich aber gegenüber der Homosexualität. Er spreche sich zwar nicht dagegen aus, sagt jedoch, es sei nicht klar, warum es sie gebe. Man müsse Homosexuellen gegenüber aber tolerant bleiben. Sie könnten Posten in der katholischen Kirche inne haben, es solle aber nicht für Homosexualität auf der Straße geworben werden. Weiter spricht sich Lehmann für einen Dialog mit dem Islam aus. Er bemängelt, dass bisherige Gespräche basierend auf zu geringen Kenntnissen des Korans stattgefunden hätten.

2010 verurteilte er in seiner Karfreitagspredigt als Reaktion auf die Skandale pädophile Sexualtäter\*innen und sagte ausdrücklich: „Sie schwächen und verraten das Evangelium Jesu Christi, der gerade die Kinder in die Mitte stellte“. Kurz vor seinem Ruhestand sprach Lehmann von „Starrköpfen“ in der katholischen Kirche und meinte, letztere bewege sich zwar, aber nur langsam. Für sein Engagement wurde Lehmann bereits mehrfach ausgezeichnet. So trägt er unter anderem das Bundesverdienstkreuz und mehrere Ehrendoktorwürden.

## Streit um Hessischen Kulturpreis

2009 geriet Kardinal Lehmann in scharfe Kritik. Zusammen mit Peter Steinacker (ehemaliger evangelischer Kirchenpräsident), Salomon Korn (Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland) und Navid Kermani (Schriftsteller und Orientalist) sollte er 2009 mit dem Hessischen Kulturpreis ausgezeichnet werden. Weil Kermani in einem von ihm verfassten Text über ein Gemälde des Barockmalers Guido Reni das Kreuz als Gotteslästerung und Idolatrie beschrieb, erklärten Steinacker und Lehmann, sie könnten den Preis nicht zusammen mit ihm annehmen. In einem Schreiben an den ehemaligen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) unterstellte Lehmann Kermani einen mangelnden Willen, fremde Religionen zu verstehen. Er könne nicht gemeinsam mit jemandem auf einer Bühne stehen, der sich so über das Kreuz äußere. Steinacker unterstützte Lehmann in seiner Forderung und das Kuratorium des Hessischen Kulturpreises ließ Taten folgen: Kermani wurde der Preis aberkannt. Dieser erfuhr davon allerdings erst aus der Zeitung. Zudem konnte er die Kritik Lehmanns nicht nachvollziehen. Zwar habe er sich drastisch ausgedrückt, im Folgenden aber auch geschrieben, er sei an den Rand der Konversion geführt worden, er könne an ein Kreuz glauben. Kermani zeigte sich erschüttert über die Ausdrucksweise Lehmanns im Brief an Koch. Der Ton sei diffamierend gewesen, der Verfasser habe sich selbst diskreditiert.

Nachdem der Vorfall bundesweit für Aufmerksamkeit sorgte, kam es schließlich zu einer Aussprache zwischen den Preisträgern, aus der resultierte, dass Kermani nun doch ausgezeichnet werden sollte. Kostka hierzu: „Nachdem sich die Beteiligten ausgesprochen haben, kam es zur Verständigung. Diese hier zum Ausdruck kommende Haltung (klare Position beziehen, gesellschaftliche Diskussion anregen, im besten Fall den Konsens befördern) entspricht dem, was den Inhaber der Mercator-Professur auszeichnen soll.“

Klare Position bezogen in der Tat alle Beteiligten. So ging Kermani auf der Preisverleihung nochmals auf die Auseinandersetzung ein und erklärte, er habe einen „bewusst literarischen“ Text geschrieben. Hierfür müsse er sich weder entschuldigen, noch etwas zurücknehmen. Zu-



Mercator-Professor 2016: Karl Kardinal Lehmann. (Foto: (c) Bistum Mainz)

dem wies er darauf hin, dass eine Gesellschaft, in der verschiedene Kulturen und Religionen aufeinander treffen, nicht konfliktfrei sein könne. Man müsse aber friedlich und konstruktiv an Lösungen arbeiten.

## Was bleibt

Kostka führt aus, „als liberaler Vordenker prägt Karl Kardinal Lehmann die katholische Kirche Deutschlands seit Jahren entscheidend mit und bezieht in streitbaren Fragen klare Position“. Dies zeigte sich deutlich in der Debatte um den Hessischen Kulturpreis, aber auch in seinem Bestreben für die Ökumene. AStA-Vorsitzender Marcus Lamprecht kritisiert jedoch die Entscheidung der Universität: „Ein\*e gute Mercator-Professor\*in ist für uns eine Person, die in besonderer Weise für eine offene Gesellschaft eintritt und neben ihrem sonstigen (wissenschaftlichen) Wirken auch gesellschaftlich wirkt.“ Dies sehe er bei der katholischen Kirche wegen ihrer „antihomosexuellen Haltung“ und „dem rückständigen Umgang mit vom christlichen Lebenswandel abweichenden Lebensentwürfen“ nicht gegeben. Als Kardinal repräsentiere Lehmann diese katholische Kirche. Kermani sei für den AStA der geeigneter Mercatorprofessor. [caro]

## Termine

„Fremde und Heimat im Widerstreit“

13. Dezember 2016, 18 Uhr  
LX Audimax, Campus Duisburg

„Die Rolle des Gewissens im Zusammenleben innerhalb der modernen Gesellschaft“

17. Januar 2017, 18 Uhr  
R14 Audimax, Campus Essen

# Aufschrei gegen Abschiebepolitik



Proteste des Bündnisses Aghanischer Aufschrei im Oktober in Düsseldorf. (Foto: Nedaje Afghan)

**Etwa 40.000 Menschen sollen alleine aus Deutschland nach Afghanistan abgeschoben werden. Das Land im Mittleren Osten steht für viele sinnbildlich für Krieg, Krise und Tod. Nicht so für die Bundesregierung, die nun Menschen in sogenannte ‚sichere Gebiete‘ abschieben will. „Das nennt ihr sicher?!“ kontern dagegen aus der Region Geflüchtete, die sich in Düsseldorf unter dem Namen „Nedaje Afghan – Afghanischer Aufschrei“ zu einem Bündnis zusammengetan haben. Am Samstag, 26. November, wollen sie in der Landeshauptstadt gegen die Abschiebep Praxis ins Kriegsgebiet demonstrieren.**

Die Bundesregierung – allen voran Innenminister Thomas de Maizière – versucht derzeit mit allen Mitteln, die Fluchtbewegung aus Afghanistan einzudämmen. Im November 2015 hatte Deutschland in der Hauptstadt Kabul sogar eine Plakatkampagne gestartet. Auf großflächigen weißen Wänden stand unter anderem „Riskieren Sie nicht Ihr Leben bei dem Versuch, nach Europa zu flüchten. Menschenhändler sind Kriminelle, die nur an Geld interessiert sind.“ Anfang dieses Jahres gab der deutsche Innenminister außerdem ein Interview im afghanischen Fernsehen, in dem er noch mal an die Afghan\*innen appellierte, nicht nach Deutschland zu flüchten.

Seit 1978 wird das Land immer wieder von Kriegen und Krisen erschüttert. Damals kam es zu einem Staatsstreich durch die afghanische kommunistische Volkspartei – und zu einem Aufstand in der Bevölkerung. Die Sowjetunion marschierte in Afghanistan ein und lieferte sich über zehn Jahre lang Kämpfe mit den islamistischen Mudschahedin. 1989 zog die nunmehr bröckelnde Sowjetunion ab, es folgten Jahre des Bürger\*innenkriegs. 1996 gelang es den Taliban, einer islamistischen Terrormiliz, das Land unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Terrorgruppe organisiert sich unter einer führenden Person, dem selbsternannten Emir aller Muslim\*as. Darunter steht eine Art Rat für die verschiedenen Ressorts. Eine besondere

Aufgabe erfüllt das Ressort zur Einhaltung von Sittlichkeit: militärisch strukturierte Jugendliche, die ihre Ausbildung als ausführendes Organ der Taliban in Pakistan hinter sich brachten.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 stürzte dann eine von den USA geführte Koalition die Talibanregierung und installierte eine afghanische Regierung, die mittlerweile jedoch maßgeblich von Hilfszahlungen und militärischer Unterstützung abhängig ist. Der Großteil der Bevölkerung steht wegen Korruptionsvorwürfen nicht hinter der gewählten Regierung. Die Taliban formierten sich derweil in Pakistan neu und verübten ab 2003 wieder Anschläge in Afghanistan.

## Umstrittener Einsatz der Bundeswehr

Seit 2001 ist auch Deutschland an den zahlreichen Einsätzen in Afghanistan beteiligt. Die Bundeswehr trägt seit 2006 maßgeblich die Verantwortung im Norden Afghanistans. Der Einsatz wurde immer wieder kritisiert: So vor allem ein Luftangriff im Jahr 2009. Bei einem von der Bundeswehr angeordneten Luftschlag durch die USA 15 Kilometer südlich der Stadt Kunduz starben 100 Menschen. Auch die Kämpfe um die nordafghanische Stadt selbst belegen für Kritiker\*innen, dass die Bundeswehr nicht in der Lage ist, für Sicherheit in die Region zu bringen. Am 29. September 2015 eroberten die Taliban – nach einem breiterem Abzug der internationalen Truppen – für zwei Wochen die Stadt. Die Zahl der Todesopfer ist ungeklärt, Amnesty International berichtete von Gruppenvergewaltigungen und Entführungen. Regierungsgebäude brannten, eine Brücke wurde zerstört und hunderte Fahrzeuge gestohlen. Außerdem raubten die Taliban Computer und Datenträger aus Regierungsgebäuden sowie internationaler Organisationen und kamen dadurch an sensible Daten.

Seit mittlerweile 15 Jahren ist die NATO in Afghanistan im Einsatz. Aktuell sind 13.000 Soldat\*innen aus beinahe 39 Staaten in Afghanis-

tan stationiert. 800 Soldat\*innen kommen laut Angaben der Bundesregierung aus Deutschland. Die derzeit laufende als „Resolute Support“ bezeichnete Mission, bei der afghanische Sicherheitskräfte von NATO-Mitgliedstaaten und Partnerländern ausgebildet werden sollen, wurde bis 2016 verlängert. Weiterhin hilft die Bundeswehr dabei, Milizen in Städten und Dörfern zur Unterstützung der offiziellen Staatsgewalt auszubilden. Diese Milizen jedoch wenden laut Pro Asyl selbst ein hohes Maß an Gewalt gegen die Zivilbevölkerung an. Laut Informationen des *Spiegels* haben die Taliban aktuell sogar mehr Gebiete unter Kontrolle als vor Beginn der Mission. Warlords, Taliban, afghanisches und internationales Militär liefern sich erbitterte Kämpfe. Die UN spricht aktuell von zwei Millionen Binnengeflüchteten im Land.

## Sicher nur in schusssicherer Weste

Bei seiner Landung in Kabul trug der Innenminister Anfang des Jahres jedenfalls eine schusssichere Weste – zur Sicherheit. Das Bild vom Ankommen de Maizières ging um die Welt: Die Weste signalisierte, dass man sich im Land als Zivilist\*in nicht frei und sicher bewegen kann. Während der Politiker in der Stadt verweilte, detonierte nur wenige Kilometer entfernt von ihm, auf einem Stützpunkt der Polizei, eine Bombe und riss 20 Menschen in den Tod. Die Antwort des Innenministers: Die Sicherheitslage sei zwar kompliziert, aber es gebe auch sichere Orte in Afghanistan.

So sahen es auch die Teilnehmerländer auf der diesjährigen Afghanistan-Konferenz Anfang Oktober in Brüssel. Hilfszahlungen in Höhe von 13 Milliarden Euro wurden dort an die Bedingung gekoppelt, dass das kriegsgebeutelte Land etwa 80.000 nach Europa geflüchtete Menschen wieder aufnimmt. Davon alleine 40.000 Menschen, die heute in Deutschland leben: „Für uns, ‚Nedaje Afghan – Afghanischer Aufschrei Düsseldorf‘ widerspricht dieser Handel mit bedrohten Menschenleben sämtlichen humanitären Prinzipien, mit denen sich europäische Staaten so gerne schmücken“, entgegnet die protestierenden Geflüchteten.

Für sie ist das Land keinesfalls sicher: „Wir und unsere zahlreichen Angehörigen, welche ihr Leben in Afghanistan verloren haben, wissen, dass Afghanistan kein sicheres Land ist. Afghanistan ist ein Kriegsland“, sagt Nabie Gorbani vom Protestbündnis. „Wir werden nicht dabei zusehen, wie wir zurück in die Hände der Taliban abgeschoben werden. Die Kämpfe zwischen ihnen, dem afghanischen Militär und den unterschiedlichen Warlords innerhalb eines korrupten Systems bedrohen das Leben unserer Familien“, so Gorbani weiter.

## Geflüchtete zweiter Klasse

Auch in Deutschland sehen sich Geflüchtete aus Afghanistan mit zahlreichen Hürden konfrontiert. Viele warten lange Monate auf einen



Am **26. November 2016** will das Bündnis „Nedaje Afghan – Afghanischer Aufschrei“ um **13 Uhr vor dem DGB-Haus in Düsseldorf** wieder auf die Straße gehen. Bei vergangenen Demonstrationen hatten hunderte gegen die Abschiebepolitik der Bundesregierung demonstriert. Die Afghan\*innen fordern zur Solidarität auf: „Bitte unterstützt unsere Demonstration und geht mit uns auf die Straße!“

## „Wir werden nicht dabei zusehen, wie wir zurück in die Hände der Taliban abgeschoben werden.“

ersten Termin beim Bundesamt für Migration und Flucht (BAMF). Und dann dauert es noch einmal Monate bis zum ersten, geschweige denn zweiten Termin bei der Behörde. Während ihres Asylverfahrens muss die überwiegende Anzahl in Massenunterkünften leben. Während viele Geflüchtete – etwa Menschen aus Syrien, Irak, Eritrea und Somalia – bereits ohne Anerkennung eine Genehmigung zur Wohnungsnahme erhalten können, müssen Afghan\*innen ausharren. Der Grund: Ihnen wird eine „schlechte Bleibeperspektive“ bescheinigt, weil sie eben aus Afghanistan kommen. Ohne, dass die Menschen auch nur ein Mal angehört worden wären.

Diese pauschale Beurteilung führt ebenso dazu, dass Menschen mit afghanischem Pass vom BAMF keinen Platz in einem offiziellen Sprach- und Integrationskurs erhalten. Gleichzeitig ist es für die Menschen schwer bis unmöglich einen Arbeitsplatz zu finden. Innenminister de Maizière hat also recht, wenn er den Menschen in Afghanistan sagt: „Hier gibt es keine freien Wohnungen, hier gibt es keine Arbeit. Hier gibt es nicht mal einen Integrationskurs.“ Tatsächlich liegt das aber am politischen Willen der Regierung. Den einen Gruppen wird zumindest die Möglichkeit gewährt, sich um eine Wohnung und einen Kursplatz zu bemühen, die anderen werden von vorne herein aufs Abstellgleis verfrachtet.

### Fast jeder zweite Asylantrag wird abgelehnt

Noch dramatischer ist dagegen die Senkung der sogenannten Schutzquote für Afghan\*innen – also die Zahl der Anerkennung von Asylanträgen, die zu einem Flüchtlingsschutz für drei Jahre, oder einen subsidiären Schutz für ein Jahr führt oder eben der Feststellung eines Abschiebeverbotes – gemessen an der Gesamtzahl der eingereichten Anträge. Laut Zahlen von Pro Asyl lag die Quote für Afghan\*innen im Jahr 2015 noch bei rund 78 Prozent. Nach dem Kurswechsel in der Politik sank die Quote drastisch auf 52 Prozent: Immer mehr Anträge werden abgelehnt und den Menschen droht die Abschiebung.

Pro Asyl forderte kürzlich die Bundesregierung auf, die Abschiebungen nach Afghanistan auszusetzen und den Menschen einen dauerhaften Aufenthaltsstatus mit Familiennachzug sowie die Teilnahme an Integrationskursen zu gewähren. „Über 1.600 Tote und mehr als 3.500 Verletzte unter der afghanischen Zivilbevölkerung im ersten Halbjahr 2016 sprechen eine deutliche Sprache: Afghanistan ist kein sicheres Land! Nicht für die Menschen, die dort leben, und erst recht nicht für Asylsuchende, die dorthin abgeschoben werden sollen“, so Pro Asyl in einer E-Mail-Kampagne an Innenminister de Maizière. [mac/lys]

### Beteiligen!

#### Wahlen zum Studierendenparlament



Locken euch wieder zahlreiche Menschen mit Gebäck, Glühwein und einer schier unüberschaubaren Anzahl an Flyern auf dem Campi? Kein Wunder – der Wahlkampf fürs Studierendenparlament ist in vollem Gange. Ihr habt in dieser Woche die Möglichkeit, über eure studentische Vertretung abzustimmen. Ganze acht Listen treten an: Grüne Hochschulgruppe, Jusos, Linke Liste, Unabhängige Demokraten, Ring Christlich-Demokratischer Studenten, Liberale Hochschulgruppe, Antihelden und Internationale Liste. Außerdem stehen die Urwahlen zu Nextbike und dem Freien Zusammenschluss der StudentInnenschaften (fzs) an. Mehr dazu unter [www.akduell.de](http://www.akduell.de). Also: Ab in die Wahlkabinen!

↗ **21. bis 25. November, 10-16 Uhr, Campi Duisburg und Essen**

### Büffeln!

#### Prüfungsanmeldungen

Lernwillige Dauerbüffler\*innen aufgepasst: Wer sich die zwei virtuellen Benachrichtigungen des Prüfungswesen noch nicht zu Gemüte führen konnte, sollte dennoch wissen, dass man sich seit vergangener Woche für die in diesem Semester anstehenden Prüfungen anmelden kann. Nicht vergessen, denn die Anmeldefrist endet schon Ende der Woche. Husch, husch, husch.

↗ **16. November bis 25. November**

### Bilden!

#### „Das Konzept sicheres Herkunftsland“

Auch Asylbewerber\*innen aus Balkanländern – vorwiegend Rom\*nija – werden als Antragsteller\*innen zweiter Klasse behandelt. Die strukturelle Diskriminierung in ihren Herkunftsländern wird von der Bundesregierung ignoriert. Auch die Zahlen der Abschiebungen schnellen in die Höhe. Tamara Baković-Jadžić referiert über die Perspektive aus der Balkanregion sowie der Situation von Rom\*nija dort.

↗ **Donnerstag, 24. November, 19 bis 21.30 Uhr, Rom e.V., Venloer Wall 17, Köln**

# Durchs Raster gefallen

**Viele von uns, die schon einmal einen BAföG-Antrag gestellt haben, wissen was das für ein bürokratischer Aufwand ist. In der Regel dauert es eine ganze Weile von Antragstellung bis zur Entscheidung. Dieser Zeitraum ist oft mit finanziellem Engpass verbunden. Eine neue Regelung im Sozialgesetzbuch II (SGB) ermöglicht Studierenden in Ausnahmefällen finanzielle Unterstützung im Rahmen des Arbeitslosengeld II (ALG II), auch als Hartz IV bekannt, zu beantragen. Welche Möglichkeiten euch das SGB II bietet, haben wir für euch recherchiert.**

Seit August gibt es wesentliche Änderungen im SGB II, die sogenannten „Leistungsauschlüsse“ wurden angepasst. Wesentlich ist Paragraph 7 Absatz 5 im SGB. Dort heißt es, dass Auszubildende Schüler\*innen und Studierende, die anspruchsberechtigt von Ausbildungsförderung nach dem BAföG, Berufsausbildungshilfe (BAB) oder dem Ausbildungsgeld sind, „im Grunde“ vom Arbeitslosengeld II ausgeschlossen sind. Denn bei Hartz-IV-Bezug muss eine Vermittlungsfähigkeit zum Arbeitsmarkt bestehen, was bei Auszubildenden und Studierenden nicht der Fall ist, da sie den Vermittlungsbemühungen der Jobcentern nicht zur Verfügung stehen. Daher wird in Paragraph 27 Absatz 1 eine eindeutige Formulierung gewählt. Dort steht: „Auszubildende im Sinne des § 7 Absatz 5 erhalten Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts [...]. Die Leistungen für Auszubildende im Sinne des § 7 Absatz 5 gelten nicht als Arbeitslosengeld II.“ Die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts sind sehr vielfältig.

## Von verzögerter BAföG-Zahlung bis Teilzeitstudium

Der Zeitraum zwischen der Antragsstellung des BAföG und der Bewilligung kann sehr lang sein. Um die Unterhaltskosten dennoch decken zu können, sind betroffene Studierende für diesen Zeitraum berechtigt diese geltend zu machen, allerdings nur auf Darlehensbasis. Begründet wird der Zuschuss mit „der Gefährdung der Ausbildung“ und bezeichnet diesen als „besonderen Härtefall“. Andere Härtefälle sind unter anderem auch Krankheit oder die Erziehung eines Kindes. Laut Gesetzgeber sei es für die\*den Erziehungsberechtigte\*n nicht zumutbar, neben der Erziehung auch noch eine Nebentätigkeit auszuführen, ohne das Kind zu vernachlässigen.

Wie komplex sich die Gesetzeslage darstellt, erkennt man am Punkt des Mehrbedarfs. Darunter fallen auch Studierende, die ein Kind erwarten oder erziehen, aber auch Studierende mit einer Behinderung oder einer chronischen Erkrankung. Denn diese Personengruppen haben häufig zusätzlichen



Hartz IV beziehen und studieren? Passt das zusammen? (Foto: mac)

Bedarf, der vom BAföG nicht abgedeckt wird. Für diese „nicht-ausbildungsgeprägten“ Mehrbedarfe können Zuschussleistungen nach Paragraph 27 Absatz 2 SGB II beantragt werden. Beispielsweise erhalten werdende Mütter ab der 13. Schwangerschaftswoche einen Mehrbedarfszuschlag und Einmalleistungen für Bekleidung und Erstausrüstung. Behinderte und chronisch kranke Studierende können Kosten für „unabweisbare, laufende, nicht nur einmalige besondere Bedarfe“ und kostenaufwändige Ernährung beantragen.

Studierende, die wegen Krankheit, Schwangerschaft und Kindererziehung vom Studium beurlaubt sind und deshalb in dieser Zeit kein BAföG bekommen, können ALG II beantragen. Das Studium darf in dieser Zeit nicht betrieben werden. Ein Anspruch auf ALG II kann auch ohne Beurlaubung entstehen, wenn Studierende länger als drei Monate krank sind und deshalb ihren BAföG-Anspruch verlieren. Dabei gilt, wie in den anderen Beispielen auch: Der Einzelfall entscheidet!

Viele Studiengänge werden mittlerweile auch in Teilzeit angeboten. An der Universität Duisburg-Essen (UDE) beispielsweise in den Geistes- oder auch Ingenieurwissenschaften. Unter gewissen Umständen sind Studierende in einem der vielen Teilzeitstudiengänge ALG II berechtigt.

## Antragsflut?

Allein die UDE zählt mehr als 40.000 eingeschriebene Studierende (Stand: WS 2015/2016). Da wird es sicherlich viele Studierende geben, die unter gewissen Umständen ALG II beantragen könnten. Aber dennoch werden sich die Anträge bei Jobcentern und der Agentur für Arbeit in Grenzen halten. Konkrete Zahlen dazu liegen nicht vor, da sich weder die Agentur aus Duisburg, noch die aus Essen vor Redaktionsschluss auf Anfrage

geäußert haben. Die Sozialpädagogische Familienhilfe Essen berät ALG II-Bezieher\*innen. Ein ehrenamtlicher Berater dort ist Jörg Bütefür. Er hat gegenüber aktuell bestätigt, dass ihm gerade mal zwei laufende Anträge von Studierenden bekannt sind. Da der Einzelfall entscheidet, ist es für viele Studierende schwer zu erkennen, ob man Anspruch auf ALG II hat. Daher sind die Sozialberatungen des AStAs oder auch des Studierendenwerks eine gute Anlaufstelle, um die Möglichkeiten auszuloten. Allerdings ist die bürokratische Hürde des ALG II – ähnlich wie die Beantragung des BAföG – hoch. Daher wird es sehr unwahrscheinlich sein, dass viele Studierende dieses Angebot der Agentur für Arbeit für sich wirklich in Anspruch nehmen werden. [mehu]

## Sozialberatung auf dem Campus

### Campus Duisburg:

Dienstags: 10 – 14 Uhr

Mittwochs: 12 – 16 Uhr (auch in der vorlesungsfreien Zeit)

Raum: LF026

Tel.: 0203/3179-844

### Campus Essen:

Montags: 12 – 16 Uhr (auch in der vorlesungsfreien Zeit)

Donnerstags: 10 – 14 Uhr

Raum: To2 Soo Ko7

E-Mail: sozialberatung@asta-due.de

Tel.: 0201/183-2952

### Sozialberatung im Studierendenwerk:

Offene Sprechstunde

Di 13 - 15:30 Uhr

Do 11 - 13:00 Uhr

Und Termine nach Vereinbarung an.

Campus Essen, Reckhammerweg 1.

# Der Unsicherheitsmann und das Flüchtlingsheim



Zufahrt zur Erstaufnahmeeinrichtung in Burbach. (Foto: Jana Klein)

**Das Land NRW hat nach den Misshandlungen von Geflüchteten durch Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes in der Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) Burbach im Jahr 2014 noch immer kein wirksames Vorgehen gegen rechte Securitys und von ihnen ausgehende Gewalt und Kriminalität in Geflüchtetenunterkünften gefunden. Im Sommer machte das Lager erneut Schlagzeilen.**

Von Gastautorin Jana Klein

„Meine Ehre heißt Treue“ – diese in Deutschland verbotene SS-Losung prangte als Banner über dem Facebookprofil eines ehemaligen Security-Mitarbeiters, der in der EAE Burbach für Sicherheit sorgen sollte. Der Screenshot des Accounts hatte Mitte August für einen kurzen politischen Aufschrei gesorgt. Likes bei der NPD, rüde Statements gegen Geflüchtete, geteilte Neonazi-Postings, Mitgliedschaften in Gruppen „... gegen Flüchtlinge“, Spruchbilder gegen die „Lügenpresse“ und immer wieder Bezüge zum Rocker\*innenmilieu – all das war bekannt geworden, nachdem Burbach durch einen mutmaßlichen Fall von Entführung und Vergewaltigung mithilfe von K.O.-Tropfen erneut in den Fokus geraten war. Dabei sollen sich Mitarbeiter an einer alleinstehenden, besonders schutzbedürftigen Frau aus dem Kosovo vergangen haben. Seit Anfang Juni ermittelt die Staatsanwaltschaft Siegen in dieser Angelegenheit.

Bei Bekanntwerden des Vorwurfs über die rechte Gesinnung beim Burbacher Sicherheitsdienst hatte NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) verlauten lassen, es sei „schockierend, wenn Personen, die im Internet gegen Flüchtlinge hetzen oder rechte Parolen verbreiten, Zugang zu Flüchtlingsunterkünften haben“. Damit inszenierte er sich als Saubermann, der mit der notwendigen politischen Sensibilität reagieren werde. Kurze Zeit später jedoch war die Ankündigung, gegen hetzende Mitarbeiter\*innen vorzugehen, auf das rechtsstaatlich Nötigste zusammengeschrumpft: Lediglich einen einzi-

gen Bediensteten des betreffenden Sicherheitsunternehmens habe es gegeben, der angeschuldigt wurde „rechtsextremistische Beiträge“ gepostet zu haben, hieß es in einer schriftlichen Antwort auf eine parlamentarische Anfrage von Simone Brand (Die Piraten). Gemeint war Sven W., der die SS-Losung gepostet hatte. Die Schwelle zur „Hetze“ und zur „rechten Parole“, so scheint es, ist im Hause des Innenministers identisch mit der Schwelle des Strafgesetzbuches – zumindest dann, wenn das öffentliche Interesse wieder abgeflaut ist. Über die 2014 angekündigten umfassenden Prüfungen nach dem ersten Burbach-Skandal hieß es zuletzt in der Presse, dass diese bald abgeschlossen seien, sich die allermeisten Vorwürfe, die sich gegen mehrere Dutzend Verdächtige gerichtet hätten, aber nicht mehr aufklären ließen, weil Zeug\*innen nicht mehr verfügbar – also ausgewiesen – seien. Problem gelöst.

## Überprüfung der Securitys

Doch wie sehen überhaupt die Vorgaben aus, nach denen Sicherheitskräfte in den zentralen Unterbringungen des Landes NRW eingestellt werden? Der Betreiber der Unterkünfte, in Burbach etwa eine DRK-Tochter, wählt auf dem Markt ein Angebot eines Anbieters aus. Die einzusetzenden Kräfte stimmen einer „freiwilligen“ Überprüfung durch Verfassungsschutz und Landeskriminalamt (LKA) zu. Bei den nach dem ersten Burbach-Skandal eingeführten Überprüfungen führen politisch einschlägige Vorstrafen oder die Speicherung des Bewerbers im nachrichtendienstlichen Informationssystem als „Rechtsextremist“ zur Ablehnung. 155 von insgesamt zirka 5.500 bei LKA und NRW-Verfassungsschutz überprüfte Securitys wurden daraufhin abgelehnt (Stichtag 23. Juni 2016). Bewerber\*innen, die rechtsradikal, asylfeindlich oder dezidiert rassistisch eingestellt sind, aber nicht am organisierten Neonazismus partizipieren, gelangen weiterhin an die Jobs.

Zudem besteht das Problem, dass in der rasant gewachsenen und extrem unregulierten Branche, in der wegen des Kräftemangels praktisch jede\*r genommen wird, auch an den Anmelde-, Kontroll- und Aufsichtsmechanismen vorbei Securitys in den Heimen eingesetzt werden. Nicht weniger als 658 Per-

sonen sind vorläufig gesperrt worden, weil sie bei unangemeldeten Überprüfungen ohne Zulassung in den Lagern angetroffen wurden. So lässt sich grob sagen, dass allein im Hellfeld jede\*r Zehnte bei den Behörden vermerkte Security an der Überprüfung vorbeigeschleust werden sollte.

## Keine Qualitätsstandards

Im September 2015 war im Land NRW verfügt worden, dass eine Sachkundeprüfung durch die IHK wegen des großen Kräftebedarfs nicht mehr erforderlich sein sollte, eine Unterrichtung wurde ihr gleichgestellt. Etwa 3.400 der 5.500 Securitys arbeiten gegenwärtig ohne Prüfung. Bundesweit gibt es erhebliche Schwierigkeiten mit Vorgaben und Praxis in der Sicherheitsbranche, in der ja nicht nur Heime bewacht werden. Weil viele Bewerber\*innen selbst die simple Prüfung nicht schaffen würden, blüht laut Insider\*innenkreisen der Handel mit gefälschten Zertifikaten. Auch die optionalen Vorbereitungskurse sind, etwa laut eines Undercover-Versuchs einer *Welt*-Journalistin Anfang 2016 in Köln, kaum geeignet, Sicherheitskräfte angemessen auszubilden und ungeeignetes Personal auszuschließen: „An Tag sechs erwähnt [der Kursleiter], man könne theoretisch Rollenspiele machen, um sich auf Eskalationssituationen vorzubereiten. ‚Das ist aber absoluter Quatsch‘, sagt er. ‚Lassen wir weg.“

In die Unterkünfte werden die oft auch ansonsten qualifikationslosen Kräfte völlig legal binnen Tagesfrist geschickt, wenn sie sich nur für den Kurs anmelden. Eine bloße Befragung zu ihrer Einstellung etwa zu Geflüchteten oder Asyl, im Düsseldorfser Innenausschuss als „Gesinnungsschnüfefeile“ gescholten, hat gegenwärtig trotz des besonders sensiblen Bereiches keine rechtliche Grundlage. Ein an die Unternehmen herangetragenem Druck, auf die „Sauberkeit“ des eigenen Ladens zu achten und etwa bei Skandalen niedrigschwellig Aufträge zu kündigen, ist gleichsam kaum vorhanden. Nur der Druck durch die Öffentlichkeit, nicht aber vonseiten der Innenbehörden, hat dazu geführt, dass acht Security-Mitarbeiter\*innen in Burbach vom Unternehmen gekündigt worden ist. Hinzu kommen in einigen Security-Unternehmen arbeitsrechtliche Verstöße und erheblicher interner Druck. In Köln etwa soll ohne Absprache mit der Kommune ein Subunternehmen eingesetzt worden sein, in dem Mitarbeiter\*innen teilweise 20 Tage am Stück Zwölf-Stunden-Schichten zu arbeiten hatten. Entsprechend zitierte die *Welt* einen Security-Insider: „Es gibt in der Branche kein einziges weißes Schaf (...) es gibt ein paar hellgraue, sehr viele dunkelgraue und ein paar schwarze.“

# Täglich grüßt die Bundeswehr

„Ab November werden härtere Töne angeschlagen.“ „Ab November wird zusammen gefaltet.“ „Ab November kannst du dir das abschminken.“ Eieiei. Die Bundeswehr hat die Welt des Internets endgültig für sich entdeckt und wirbt an jeder Ecke – einmal mehr mit feschekn Plakaten für den Nachwuchs. Seit dem 1. November läuft auf Youtube die Webserie **Die Rekruten**, die zwölf Menschen aus ganz Deutschland bei ihrer zwölfwöchigen Grundausbildung begleitet.



„Wir werden jetzt grüßen, gehen und stehen. Da werde ich jetzt erklären wie und wo man grüßt“, sagt Oberbootsmann Knoll am elften Tag der Grundausbildung in der Marinetechnikschule im mecklenburg-vorpommerischen Parow in die Kamera. Wenig später stellt Knoll, der den Formaldienst leitet, sich vor die Rekrut\*innen und spricht über die Wichtigkeit der Grußtraditionen. Noch am selben Tag müssen die neuen Kamerad\*innen zeigen, ob sie bereits den rechten Arm im rechten Winkel halten können, um schließlich den Mittelfinger an die Schläfe zu bringen. Nebenbei zeigt die Handkamera einen der zwölf Rekrut\*innen Grimassen schneidend und einen anderen stolz im Flüsterton sprechend: „Ich habe gefurzt“.

Die fünf- bis sechsminütigen Videoclips, unterlegt mit Gute-Laune-Musik bis hin zu Spooky Sounds, haben die Bundeswehr – also den Staat – 1,7 Millionen Euro gekostet. Anscheinend viel zu wenig, denn das Format Videotagebuch meets Reality-Soap, produziert von einer Düsseldorfer Werbeagentur, könnte allemal eine spannendere Dramaturgie und mehr Actionelemente vertragen. Von G36, Kriegserfahrungen oder den psychischen Folgen eines Auslandseinsatzes ist in den ersten Folgen nichts zu hören. Stattdessen preist Jerome (19) aus Moers seine neue Tarnkleidung – alles in allem im Wert von 3.000 bis 4.000 Euro – als 2017-er Frühjahrsmode an und Julia (18) aus Kutzleben muss weinen, weil sie kurz nach der Ankunft in Mecklenburg-Vorpommern ihre Piercings raus nehmen muss.

Vielleicht hätte das Verteidigungsministerium doch noch etwas von den 6,2 Millionen Euro Werbekosten in die Webserie stecken sollen?

„Unsere Rekruten sind alle echt und keine Schauspieler“, schreibt die Bundeswehr in der offiziellen Beschreibung des Kanals. Und ja, sowohl die Rekrut\*innen als auch die Ausbilder\*innen

kommen authentisch rüber. Die Ausbilder\*innen zeigen sich rau, kurz angebunden und werden schon mal laut, denn wer nicht täglich den Staub wegwischt, das Pissoir reinigt und die Offizier\*innen richtig grüßen kann, muss mal überlegen, ob er\*sie hier richtig ist.

Seit 2011 die Wehrpflicht abgeschafft wurde, hat die Bundeswehr noch mehr Wettbewerbsdruck. Sie will sich als attraktiver Arbeitgeber darstellen. Schließlich sollen bis 2023 14.300 neue Soldat\*innen und 4.400 zivile Mitarbeiter\*innen eingestellt werden. Harte Regeln, Wanderungen mit schweren Gepäck und wenig Luxus locken dabei wohl wenig. Pseudogemeinschaft, unabhängige NC-Verfahren und ordentlich Kohle wohl umso mehr.

Schon in diesem Jahr ist das Militärbudget von rund 34 Milliarden Euro, das seit der Gründung der Bundeswehr 1955, höchste. Allein 35,3 Millionen Euro fließen dabei in die Rekrutierung des Nachwuchses. Neben Jugend-Camps, wie dem „Edelweiß-Camp“ in der Bayerwald-Kaserne in Regen, Karriereberater\*innen an Schulen, „BW Musix“, ein jährlicher Musikwettbewerb mit rund 1.000 Teilnehmer\*innen oder der 2014 eröffnete Showroom in Berlin, präsentiert sich die Bundeswehr nun auch seit drei Jahren vermehrt im Netz. Dabei gibt es das Nachwuchsproblem laut *Augsburger Allgemeinen* nicht, denn die Zahl der bei der Bundeswehr beschäftigten Minderjährigen ist von 689 im Jahr 2011 auf 1.576 gestiegen. Was der Bundeswehr momentan vor allem fehle, sei Fachpersonal für die fast 4.000 unterschiedlichen Berufe.

Gebraucht oder nicht. Der Youtube-Kanal schlug jedenfalls ein wie eine Bombe: Mehr als 13 Millionen Aufrufe, über 200.000 Abonnent\*innen. Allerdings sinkt das Interesse und damit die Anzahl der Aufrufe. Bleibt die Frage, was ist besser: die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder Werbemaßnahmen wie diese? [mal]

## Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

**Herausgeber:** AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Marcus Lamprecht, Saskia Strasdat u.a.

**Projektkoordination:** Nils Kriegeskorte

**Anschrift:** aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

**Comic:** Jennifer van de Sandt

**Gestaltung:** Alexander Bönninger

**Redaktion dieser Ausgabe:** Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Sarah Dannehl (caro), Marie Eberhardt (mal), Meiko Huismann (mehu), Daniel Veutgen (dav)

**V.i.S.d.P.:** Philipp Frohn (fro)

**Auflage/Druck:** 5.000 / Megadruck, Westerstede

**E-Mail:** redaktion@aktuell.de

**Web:** www.aktuell.de

## HIRNAKROBATIK

		6					5
8	7						6 4
			6	9	8		3
7						9	4 2
			4		6		
4	1	8					6
	8		2	4	3		
6	5						2 3
2						7	

## WOHNHEIMGESCHICHTEN

